

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 101 (2021)

Heft: 1083

Artikel: Und plötzlich sprach das Volk

Autor: Gurri, Martin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-958118>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Und plötzlich sprach das Volk

Die Digitalrevolution der Medien hat das Verhältnis der Bevölkerung zu den traditionellen Autoritäten zerrüttet. Um die Demokratie zu retten, muss es wiederhergestellt werden.

von Martin Gurri

Die repräsentative Demokratie kam im 20. Jahrhundert von mehreren Seiten unter Beschuss: Krieg, Wirtschaftskrisen und die Anziehungskraft konkurrierender Systeme. Die Demokratie des 21. Jahrhunderts hingegen sieht sich mit einer neuen, unvorhergesehenen Bedrohung konfrontiert. Diese kommt aus dem Innern des Systems: eine Autoritätskrise, die nicht nur demokratische Regierungen, sondern alle grossen Institutionen betrifft, in denen das Leben der Moderne organisiert ist.

Unter Autorität verstehen wir das Vermögen, Akzeptanz und Gehorsam bei anderen hervorzurufen, ohne mit roher Gewalt drohen zu müssen. Lehrer und Priester müssen Autorität besitzen, während ein Polizist stets zum Schlagstock greifen kann. Da es Autorität ist, die in Demokratien die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zusammenhält, wäre ihr Zerfall offensichtlich eine Katastrophe. Doch Autorität ist ebenso unverzichtbar bei der Informationsübertragung. «Wahrheit» ist kein platonisches Wesen und auch kein Geschenk der Wissenschaft. Stattdessen ist Wahrheit das, was jemand sagt, dessen Autorität wir respektieren. Wie die Pandemie gezeigt hat, kann dieser Respekt den Behauptungen von Wissenschaftlern und Experten durchaus vorhalten werden. Eine Autoritätskrise führt zwingend zu einer Krise der Gewissheit und zu einem Zerfall des Wahrheitsbegriffs.

Triumph des Sektierertums

Damals, im 20. Jahrhundert, beobachtete ich als junger CIA-Analyst die weltweiten Medien. Meine Aufgabe war einfach, die Informationsmenge war übersichtlich. Dann, um die Jahrtausendwende, ging plötzlich alles kopfüber. Das digitale Erdbeben liess einen Tsunami an Information über die Menschheit hereinbrechen, wie es die Welt noch nie gesehen hatte. Laut Forschern der University of California, Berkeley, wurde im Jahr 2001 doppelt so viel Information erzeugt wie in der gesamten Menschheitsgeschichte bis dahin. Dieselbe Verdoppelung fand 2002 noch einmal statt. Und der Trend hält an: Die entsprechende Kurve sieht tatsächlich wie eine riesige Flutwelle aus – ein Tsunami.

Information verwandelt die Szenerie des menschlichen Dramas und verändert so unser Verhalten. Der Tsunami, der die Welt überrollte, hinterliess eine Spur ständig anwachsender Turbulen-

zen. Wo zuvor Stille geherrscht hatte, wurden nun wütende und spöttische Stimmen hörbar. Wo Konformismus die Regel gewesen war, gediehen jetzt neue, extreme Ansichten. Diese beunruhigende Welle brach sich im Januar 2011, als ein junger Ägypter namens Wael Ghonim auf Facebook zu einer Demonstration auf dem Tahrirplatz in Kairo aufrief. Eine Million Nutzer sahen den Aufruf, 100 000 kündigten ihre Teilnahme an. Keine drei Wochen nach diesem anfänglichen Protest trat Hosni Mubarak zurück, der 30 Jahre lang wie ein Pharao über Ägypten geherrscht hatte.

Heftige spontane Proteste erschütterten auch demokratische Länder in diesem «Jahr des Phasenübergangs»: in Spanien die «Indignados», in Amerika «Occupy Wall Street», die Demonstrationen für mehr soziale Gerechtigkeit in Israel. Der Aufruhr war kein Aufstand gegen Diktatur wie 1989. Der Zorn der Menschen schien sich nicht gegen bestimmte politische oder wirtschaftliche Systeme zu richten, sondern gegen die Strukturen moderner Herrschaft an sich. Dieser Impuls verstärkte sich noch – vom Tahrirplatz 2011 bis zu «Black Lives Matter» 2020. Allein 2019 gab es mindestens 25 grössere Aufstände auf den Strassen der Welt. Selbst die Angst vor Covid-19 konnte Black-Lives-Matter- und Anti-Lockdown-Aktivisten nicht zuhause halten.

Was ist passiert? Offensichtlich haben es die digitalen Plattformen dem Bürger ermöglicht, die politische Bühne zu betreten und dort eine Hauptrolle zu spielen. Doch wir reden hier über ein eigenartiges Wesen. «Der Bürger» ist viele, nicht ein einzelner. Das digitale Umfeld neigt dazu, sich in Teile aufzuspalten. Ähnlich wie die protestantische Reformation erweitert es anfangs private Ansichten zu kollektiven Aktionen, führt aber schliesslich zum Triumph des Sektierertums. War die Welt einst in rechts und links unterteilt, in konservativ und liberal, herrscht nun ein chaotischer Konflikt kriegerischer Banden, die sich aus den Parteistrukturen gelöst haben und miteinander um Aufmerksamkeit konkurrieren.

Die Gesellschaft ist in allen Aspekten gespalten und nur über eines einig: die Ablehnung der etablierten Ordnung. Um Massen zu mobilisieren und hinter einem Banner zu einen, wie es während des vergangenen Jahrzehnts so oft passiert ist, braucht es eine kompromisslose Antihaltung. Ablehnung jeder Art – ob gegen die Institutionen gerichtet, gegen die Eliten oder gegen die

Gesellschaft – ist die strukturelle Grundanforderung einer politisierten Öffentlichkeit. Sie steht im Einklang mit den Eigenarten des sektiererischen Denkens – mit seiner Verherrlichung von Reinheit und persönlicher Rechtschaffenheit und seiner Abscheu gegen Titel, Anführer, Hierarchien, ausformulierte Programme und zusammenhängende Ideologien. Die Protestierenden schreien hemmungslos nach Zerschlagung des «Systems», fühlen sich aber nicht bemüsstigt, Gegenmodelle zu entwerfen. Das ist offensichtlich brandgefährlich. Die Aufstände des 21. Jahrhunderts bewegen sich nahe am Nihilismus – der Überzeugung, dass blosse Zerstörung eine Art Fortschritt sei.

Ein wütendes Volk in Bewegung steht am Anfang der Krise der Autorität. Unter der oberflächlichen Normalität herkömmlicher Politik, unter den fadenscheinigen Kategorien veralteter Rhetorik bahnt sich ein tektonischer Zusammenstoss an zwischen den Massen und den institutionellen Eliten. Er wird unsere demokratischen Strukturen auf den Kopf stellen. Der Konflikt ist global und epochal. Er bestimmt den historischen Moment. Von Anfang an waren die Massen in der Offensive und trieben die Eliten vor sich her. Dieselben Institutionen, die einst Glaubwürdigkeit und Ansehen verliehen, brechen unter der Last des Misstrauens zusammen.

Versagen bestimmt das Programm

Die Institutionen, die unsere Gesellschaften im 21. Jahrhundert zusammenhalten, sind ein Produkt des 20. Jahrhunderts mit seinen Top-down-Strukturen. Das Hauptproblem des Industriezeitalters war: Wie lässt sich die Arbeit so organisieren, dass Massenprodukte für ein Massenpublikum hergestellt werden können? Dem Zeitgeist entsprechend behandelte man den gesamten Prozess als riesige Maschine, über deren Funktionieren eine Handvoll «wissenschaftlicher» Ingenieure wachten. Der Industrialismus hatte seinen Propheten in Frederick Winslow Taylor, der «wissenschaftliche Betriebsführung» predigte. Seine Jünger waren unter anderen Henry Ford und – noch bedeutender – Lenin.

Die antidemokratischen Massenbewegungen des vergangenen Jahrhunderts gehorchten tayloristischen Grundsätzen. Sie beriefen sich auf Wissenschaftlichkeit und wurden von einem «Maschinisten» gesteuert, der die Zukunft verkörperte. Zugleich machten jedoch auch die Strukturen der repräsentativen Demokratie einen Wandel durch. Die industrielle Demokratie glich einer tayloristischen Fabrik: Millionen neuerdings wohlhabender und gebildeter Bürger traten erstmals ins Rampenlicht der Geschichte und wurden von stabilen Massenorganisationen aufgesogen – unter anderem von den politischen Parteien. Wichtige Entscheidungen wurden zumeist von den Eliten getroffen, die sich mit Fachleuten umgaben. Die Massen durften zwischen zwei oder drei Kandidaten wählen, die jeweils für leicht unterschiedliche Versionen ein und derselben Sache standen.

In der politischen Rhetorik jener Zeit äusserte sich ein utopischer Glaube. Man war überzeugt, die Conditio humana durch Wissenschaft und Macht heilen zu können. Massenbewegungen

forderten Revolution, die Demokratien gaben graduellen Reformen den Vorzug, doch letztlich wollten beide auf dasselbe hinaus: die vollkommene Gesellschaft. Diesem Zweck dienten riesige Projekte physischer Ingenieurskunst, aber auch der Steuerung des Sozialverhaltens. Einige gelangen – etwa die Elektrifizierung oder die Ausrottung bestimmter Krankheiten. Viele jedoch scheiterten und richteten dabei gewaltige Schäden an. Stadterneuerungsprojekte wurden zu Brutstätten der Entfremdung und des Verbrechens. Die amerikanische Regierung erklärte verschiedenen abstrakten Gegnern den Krieg: der Armut, dem Krebs, der Kriminalität, den Drogen. Keiner dieser «Kriege» vermochte das Problem, das sie bekämpften, zu besiegen.

Angesichts des häufigen Versagens konnten die Institutionen ihre Legitimation nur dank einer weitreichenden Informationshoheit bewahren. Information war ja ein knappes Gut und somit extrem wertvoll. Ihre Vermittler, Politiker und Journalisten, waren von einem Nimbus der Autorität umgeben. Sie kontrollierten das Narrativ. Fehler konnten erklärt oder ignoriert werden, ohne die Stabilität des Systems – oder die Gültigkeit der Utopie – zu gefährden. Die Eliten dozierten von oben herab, meist zu ihren Lieblingsthemen. Die Massen durften lauschen und höflich applaudieren. Dass sie sich zu Wort melden würden, erschien unmöglich.

Doch ebendas geschah, als der Informations-Tsunami über die Welt hereinbrach. Die Eliten in ihren Institutionen wurden von einer plötzlichen Flut an Informationen überwältigt, die sie nicht mehr kontrollieren konnten. Quelle waren die Massen – jene wütenden, spöttenden Stimmen, die ich als CIA-Analyst beobachtet hatte. Normale Menschen taten plötzlich öffentlich ihre Meinung kund, um sich in ihrem Unmut Gehör zu verschaffen. Das Überangebot an Informationen brachte es mit sich, dass nur die lautesten, aufgebrachtesten Stimmen gehört wurden. In der Folge nahmen die Massen jenen Feldherrenhügel in Besitz, der die Informationslandschaft überragt, und die Institutionen verloren mit jedem Augenblick an Legitimität und Autorität. Schliesslich fielen sie in einen Krisenzustand. Das Versagen der Eliten bestimmt heute das Programm in puncto Information.

Seltsamerweise hat die Demokratie jene utopische Rhetorik als Pflichtpose beibehalten. Noch immer versprechen Politiker ihren Wählern «Lösungen», die sich als hohl und falsch herausstellen, sobald die Politiker in höhere Ämter gelangen. Die alten Instrumente der Einflussnahme – etwa die politischen Parteien – zerfallen, während Populisten den Unmut der Bevölkerung zu ihrem Vorteil ausnutzen. Die Massenmedien sind vom Internet geschluckt worden wie Plankton von einem Wal. Die Entscheidungsträger von heute fürchten sich, Dinge zu sagen oder zu tun, mit denen sie die Öffentlichkeit gegen sich aufbringen könnten. Sie wissen, dass jeder Fehler, jede törichte Bemerkung, jeder unethische Winkelzug, jedes sexuelle Abenteuer blossgestellt wird und sie der Lächerlichkeit preisgegeben werden. Durch darwinistische Selektion hat sich eine Politikerspezies herausgebildet, die die alten heldenhaften Worte von sich geben kann, ohne dabei wirklich etwas zu sagen.

«Mit dem Internet hat sich die Kaste der Vermittler – Politiker, Intellektuelle, Journalisten – in Luft aufgelöst.»

Martin Gurri

Am 28. Januar 2011 blockierte Hosni Mubarak – ein alternder Diktator, bedrängt von vorwiegend jugendlichen Protestierenden – den Internetzugang in Ägypten und legte gleich noch einen Grossteil des Handynetzes lahm. Das Kalkül des alten Mannes lässt sich leicht ausmalen: Er wollte den Rebellen ihre Heimatbasis nehmen und sie kommunikativ aushungern. Doch die Massnahme schlug fehl. Die ägyptische Wirtschaft nahm mehr Schaden als die Protestierenden, überdies sah die Weltöffentlichkeit die Panik in den Augen des Regimes. Innerhalb von fünf Tagen war der Zugang wieder frei. Eine Woche später zwang das Militär Mubarak zum Rücktritt.

In einem weiteren Sinne steht Mubaraks fruchtlose Geste exemplarisch für das zutiefst reaktionäre Denken der regierenden Eliten. Präsidenten und Premierminister, ob links oder rechts, leben in ständiger Furcht vor dem digitalen Sturm. Sie hassen das 21. Jahrhundert. Verzweifelt wollen sie die Zeit anhalten und zur bequemen Elitenherrschaft der industriellen Ära zurückkehren. Beständig halten sie Ausschau nach einem «Mubarak-Schalter», der ihnen das ermöglicht. Die Eliten unserer Tage geben den Massen die Schuld an ihrer Entthronung – und dem Internet daran, dass es die «Deplorables» mit ihren schmutzigen Stiefeln in die heiligen Hallen der Autorität eingelassen hat.

Keine Forderungen, nur Slogans

Nicht nur achtzigjährige Diktatoren denken so. Vor kurzem bezeichnete Barack Obama das Internet als «grösste Bedrohung für unsere Demokratie». Diese Aussage ist besonders bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass Obama die Präsidentschaftswahl 2008 zum Teil dank einer brillanten Onlinekampagne gewonnen hatte. Im selben Interview erhob Obama vage Forderungen nach einer Regulierung des Internets – seine Version des Mubarak-Schalters. Dessen Ziel ist es, das gewaltige digitale Universum so zu zähmen, dass es wie eine Titelseite der «New York Times» aus den 1960ern aussieht. Doch die Zeitmaschine findet sich nicht.

Zu allen Zeiten war es die heiligste Aufgabe der wahren Eliten, den Massen die Wirklichkeit zu vermitteln, den Weltläufen Sinn zu

geben. Im 20. Jahrhundert konnten sie dieser Aufgabe aus mit Autorität versehenen Positionen nachkommen. Ereignisse müssen vermittelt und erklärt werden, und die Vermittler und Erklärer brauchen dazu das Vertrauen der Öffentlichkeit. Doch mit dem Internet hat sich die Kaste der Vermittler – Politiker, Intellektuelle, Journalisten – in Luft aufgelöst. Im Digitalzeitalter wird jedes Wort bestritten, jedes Ereignis bezweifelt. Die Wirklichkeit bleibt wirklich – doch wo die Zahl der verschiedenen Sichtweisen gegen unendlich strebt, löst sich die Wahrheit als solche allmählich auf.

Die herrschenden Eliten sind geistig und gefühlsmässig im 20. Jahrhundert gefangen. Sie sehen sich mit einer neuen Welt konfrontiert, die wild zwischen Panik und Verzweiflung hin- und herschwingt. Der Zweck des gewählten Amtes ist es heute, der Demütigung eines Aufstands von unten zu entgehen. Untätigkeit ist die beste Strategie. Und wenn man denn etwas tun muss, dann höchstens halbherzig.

Die Black-Lives-Matter-Unruhen, die nach dem Tod von George Floyd über die USA schwappten, waren ein Theater der moralischen Verwirrung. Bei Floyds Beerdigung legte der Bürgermeister von Minneapolis eine erstaunliche Vorstellung hin: Er weinte und schluchzte am Sarg eines Mannes, den er nie getroffen hatte. Zweifellos entsprangen die Tränen seinem Mitgefühl, aber auch seinem Selbstmitleid angesichts der Rolle, zu der ihn die Ereignisse verdammt hatten. Die Verwirrung gipfelte schliesslich im Versuch des Bürgermeisters von Portland, sich den Protesten anzuschliessen. Dieser Versuch, der letztlich ein Versuch war, sich selbst zurückzuweisen, wurde natürlich von den Protestierenden zurückgewiesen.

Wie ihre rebellierenden Vorgänger waren auch die BLM-Demonstranten im Internet verwurzelt. Die Unruhen waren reine Verneinung, das physische Gegenstück einer Onlinepöbelei. Anfangs richteten sie sich gegen die Polizei und gegen Rassismus, bald aber gegen die gesamte amerikanische Geschichte, als die Protestierenden Statuen von Lincoln und Theodore Roosevelt niederrissen. Es gab keine Forderungen, nur Slogans. Es gab keine Anführer, mit denen man verhandeln konnte.

Im Juni 2020 richtete sich der New Yorker Gouverneur Andrew Cuomo an die BLM-Demonstranten, die in der Nacht zuvor Manhattan verwüstet hatten. «Ihr müsst nicht länger protestieren», sagte er. «Ihr habt gewonnen. Ihr habt gewonnen. Ihr habt euer Ziel erreicht.» Sichtlich verblüfft fügte er hinzu: «Was wollt ihr eigentlich?» Die Massen akzeptieren kein Nein und kein Ja.

Selbstgemachte Dekadenz

Die wichtigste Aufgabe der Politik ist es heute, die Bevölkerung wieder mit der Autorität zu versöhnen. Nur so können Demokratie und Wissenschaft weiter funktionieren. Gelingt es nicht, das Vertrauen wiederherzustellen, wird die Krankheit der Institutionen schliesslich zum Tode führen. Was diese Entwicklung vorantreibt, sind nicht konkurrierende Ideologien. Die Dekadenz ist selbstgemacht. Die repräsentative Demokratie kollabiert im schlimmsten Fall schlicht und einfach zu einem schwarzen Loch des Nihilismus und der Barbarei. Dasselbe Stück wurde schon einmal aufgeführt: Das Römische Reich ging zugrunde, ohne durch irgendetwas ersetzt zu werden.

Der Ursprung der Krise ist strukturell. Es ist daher die Demokratie selbst, die umgebaut werden muss. Die Massen leben heute online, alles vollzieht sich mit Lichtgeschwindigkeit. Per Mausklick können wir uns ein Auto anschaffen, ein Eigenheim, einen Ehepartner – doch auf einen neuen Pass warten wir Wochen, auf eine Baugenehmigung Jahre. Der Abstand zwischen dem Normalbürger des Internets und den herrschenden Eliten in ihren unbeweglichen Pyramiden ist zu offensichtlich und zu gross. Er kann keinen Bestand haben. Auch gibt es keine praktischen Gründe, die gegen flachere und schnellere Regierungssysteme sprächen. Amazon ist eine riesige Bürokratie, doch die Nutzer erleben schnellen Service zu vernünftigen Preisen. Demokratische Systeme hingegen sind riesige Dienstleister, doch die Nutzer erleben Bürokratie, Ge ringschätzung und Verzögerungen. Der Umbau von Regierungen zu Internetdienstleistern ist keine Utopie: Estland etwa hat diese Transformation bereits vollzogen. Wir müssen dringend herausfinden, ob sich dieses Experiment skalieren lässt.

Die Massen müssen näher an die Eliten, physisch oder virtuell. Das fordert das grundlegende Prinzip demokratischer Gleichheit. Wir leben in einem Zeitalter unverzögerter Kommunikation, ein Grossteil der Bevölkerung arbeitet von zuhause. Regierungs institutionen müssen daher nicht mehr in psychologisch isolierten Hauptstädten konzentriert werden. Boris Johnson etwa arbeitet daran, Teile der britischen Regierung zu entflechten und sie von London in den Rostgürtel des Nordens zu verlegen. Auch dieses Experiment sollten wir dringend im Auge behalten.

Ebenso muss der Drang des 20. Jahrhunderts, der Bevölkerung einheitliche, zentral erarbeitete «Lösungen» aufzudrücken, in einer Ära fragmentierter Loyalitäten zu Aufständen führen. Entscheidungen sollten stattdessen, wo immer möglich, vor Ort getroffen werden, wo man einander beim Namen kennt. Selbst nationale Programme wie das Gesundheitswesen sollten mit den

örtlichen Vorlieben und Eigenheiten variieren dürfen. Möglicherweise sieht dereinst jedes demokratische Land wie die Schweiz aus. Das gilt ebenso hinsichtlich der Mitsprache des Volkes in Form von regelmässigen Volksabstimmungen. Ob direktdemokratische Instrumente sinnvoll sind oder nicht, darüber lässt sich streiten. Jedenfalls sind die Digital Natives mit dieser Art Entscheidungspfaden vertraut, und die Ergebnisse werden der Bevölkerung die unvermeidlichen Eingriffe durch den Staat hinnehmbar erscheinen lassen.

Nähe ist die Seele des Internets. Virtuell stehen wir einander immer direkt gegenüber, egal wo wir in der Hierarchie stehen. Populisten wie Trump nutzen das aus, um ein Gefühl von Intimität mit ihren Anhängern zu schaffen. Die institutionellen Eliten werden ihre Sehnsucht nach dem 20. Jahrhundert ablegen müssen und mit den Populisten auf deren Territorium konkurrieren. Können oder wollen sie das nicht, werden sie hinweggefegt und durch geeignetere Akteure ersetzt.

Der Übergang wird es aber auch nötig machen, eine neue demokratische Rhetorik zu entwickeln, die dem egalitären Geist des Cyberspace angepasst ist. Zwei wichtige Merkmale einer solchen Sprache kann ich mir vorstellen: Zum einen wird sie schlicht sein. Wo Politiker gezwungen sind, sich online mit Normalbürgern auseinanderzusetzen, werden sie ihren abgrenzenden Jargon fallenlassen und wie normale Menschen sprechen. Zweitens wird die neue Sprache auf jene selbstwidersprüchlichen utopischen Versprechen verzichten. Es wird nicht mehr die Rede sein von Problemen und Lösungen. Die Sprache wird von Bescheidenheit und unverhohler Akzeptanz der engen Grenzen unseres Wissens geprägt sein. Der Wiederherstellung des Konzepts Wahrheit kommen wir so einen grossen Schritt näher.

Das alles sind blosse Möglichkeiten. Die Wirklichkeit wird sich als komplexer erweisen und etliche Überraschungen bereithalten. Aus den Bemühungen, altehrwürdige Institutionen für den Informations-Tsunami tauglich zu machen, werden wiederum eigene Turbulenzen und Kontroversen erwachsen. Doch solche Turbulenzen und Kontroversen sollten als Energie verstanden werden, die uns vom Alten zum Neuen bringt. Die Krise der Autorität ist strukturell, doch der Pfad der Geschichte ist nicht vorgezeichnet: Angesichts der Technologien, die den Wandel vorantreiben, ist mit einer riesigen Anzahl möglicher Pfade zu rechnen. Die Stärke und der Erfolg der Demokratie im 21. Jahrhundert werden nicht von technologischen Imperativen abhängen oder von anderen unpersönlichen Kräften, sondern von den allzu menschlichen Interaktionen der Bevölkerung mit den Eliten – kurz: von uns. ↵

Aus dem Englischen übersetzt von Jan Meyer-Veden. Der Text ist online in Originalsprache verfügbar.

Martin Gurri

ist ehemaliger CIA-Analyst und Autor des Buches «The Revolt of the Public and the Crisis of Authority in the New Millennium» (Stripe Press, 2018).